

Zeugspells

für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.10 Mark, vierteljährlich 3.30 Mark, durch die Post 3.55 Mark

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die gespaltene Kolonnette oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet

Nr. 269.

Halle, Dienstag, den 12. Juni

1917.

Eine Schlacht auf der Hochfläche der 7 Gemeinden.

Wilson gegen den status quo ante.

Womit man die Russen fördern möchte.

WTB. Washington, 10. Juni. (Weiter.) In der Mitteilung Wilsons an die russische Regierung, die vom amerikanischen Botschafter Francis in Petersburg überreicht worden ist, heißt es: Der Krieg gegen Deutschland hat begonnen und in ihrem verweirten Wunsche, der unvermeidlichen endlichen Niederlage zu entgehen, haben die Machthaber in Deutschland jedes mögliche Mittel angewandt

Oesterreichisch-ungarischer Heeresbericht.

WTB. Wien, 11. Juni. (Mitteil.) wird verkauft: Oestlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz. Unverändert. Italienischer Kriegsschauplatz. Der bereits seit einiger Zeit erneuerte Angriff der 6. italienischen Armee auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden und im Sugana-Tal hat begonnen

Die Lage in Rußland.

Ueberschuldung des Jaren in die Peter-Pauls-Geitung. (2) Basel, 11. Juni. „Savas“ meldet aus Petersburg: Die Regierung werde vermutlich die Zustimmung zu dem Verlangen der Arbeiterfession des Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenrates, welche die Ueberschuldung des früheren Jaren in die Peter-Pauls-Geitung fordert, verweigern

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. Berlin, 11. Juni, abends. (Mitteil.) An der flandrischen Front wechselte hartes Feuer ohne besondere Kampftätigkeit. Sonst nichts Neues.

Die fahnenflüchtigen.

Petersburg, 8. Juni. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die vorläufige Regierung hat dem von dem Justizminister ausgesprochenen Gesetzentwurf gegen die Fahnenflüchtigen ihre Zustimmung erteilt. Außer dem im Gesetz vorgesehenen Strafen wird der Fahnenflüchtigen das Wahlrecht zu der konstituierenden Versammlung entzogen werden. Die Frage, ob Fahnenflüchtige bei der kommenden Agrarreform kein Land erhalten sollen, wird der Entscheidung der konstituierenden Versammlung unterbreitet werden

Letzte Depeschen.

Neue britische Schanddaten gegen deutsche Seesleute.

e. B. Berlin, 11. Juni. Wie der „A. U.“ hört, wird die deutsche Regierung wegen des Verhaltens britischer Seesleute gegenüber deutschen Matrosen bei dem letzten Seegerichte vor Zebrügge bei der englischen Regierung die ernstesten Vorstellungen erheben, sobald das amtliche Material über die Vorgänge durchgearbeitet sein wird

„Nähezu hoffnungslos.“ Die „Frankf. Ztg.“ berichtet aus Stockholm: Unter dem Vorhabe des Arbeiterrats fand in Moskau ein von mehr als 1000 Vertretern besuchter Kongreß der Lebensmittellorganisationen statt. Der Finanzminister Schingarew beehrte den herrschenden Wirtswart als nahezu hoffnungslos. Die schlimmste Lage der Lebensmittelfrage sei keine verheerliche Erscheinung, denn im gelbesich drohenden Zustande befände sich das ganze finnische Gebiet in Rußland. Das Land sei fast völlig ohne Nahrungsmittel. In vielen Stellen sei das Durcheinander schon vollständig. Die Bevölkerung verweigert die Steuerzahlung. Die Staatsfinanzen seien in einem Zustande, daß mit einer zeitweiligen Zahlungseinstellung gerechnet werde. Es herrsche nicht nur Mangel an Lebensmitteln, sondern auch an Rohstoffen. Der Versorgungsminister Wichanow bezeichnete als einzigen Ausweg eine schleunige weitgehende Verstaatlichung der Gebiete der Produktion sowie des Verkehrswegs und des Warenhandels.

Ein Kampf zwischen U-Boot und bewaffneten amerikanischen Handelsdampfer.

e. B. Genf, 11. Juni. Einer Sporer Depesche zufolge fand auf der Höhe der französischen Küste ein Kampf zwischen einem deutschen U-Boot und dem bewaffneten amerikanischen Handelsdampfer „Silversel“ statt, der ergebnislos verlief.

Die Hungersnot in Finnland. WTB. Stockholm, 10. Juni. „Svenska Dagbladet“ meldet aus Haparanda, daß in dem nördlichen Finnland schon die wahre Hungersnot herrscht. In den ganzen Gegenden seien die Getreidevorräte aufgebraucht. Die arme Bevölkerung habe in mehreren Orten schon damit begonnen, Wehl aus Hirde zum Brothaden zu verwenden.

Die norwegischen Schiffsverluste.

e. B. Christiania, 11. Juni. Die norwegische Handelsflotte verlor von 2 bis 8. Juni 13 Schiffe mit 13 444 Registrier-tonnen Raummacht. Der Gesamtverlust beträgt 546 Schiffe mit 775 590 Register-Tonnen.

Schlaffer der Kaiserin-Witwe als Spitalier. (2) Alle der Kaiserin-Witwe an der Südküste der Krims gehörigen Sommerpaläste wurden der Städte- und Semstwovereinigung zur Verfügung gestellt und werden als Sanatorien für Verwundete eingerichtet.

Verhandlungen holländischer Heeder mit der deutschen Regierung.

WTB. Amsterdam, 11. Juni. (Melbung der Niederländisch Telegraph Agentship.) Aus Amsterdum wird berichtet, daß eine Kommission von Heedern, die aus Berlin zurückgekehrt ist, in einer Redeversammlung über das Ergebnis der Verhandlungen in Deutschland berichtete. Der Korrespondent der Telegraph Agentship erzählt über die Ergebnisse der in Berlin geführten Verhandlungen, daß Deutschland ausgedehnt, sich bei den Fischereifragen mit gewissen Einschränkungen im wesentlichen an die Abmachungen vom März 1917 zu halten. Außerdem habe die deutsche Regierung eine beträchtliche Erweiterung des Gebietes, in welchem die Fischerei ungesichert ausgeübt werden könne, ausgedehnt. Die Abmachungen gelten ab 1. Juli. Die Teilnehmer an der Fahrt nach Berlin waren voll Lobes über die Aufnahme, die sie in Deutschland gefunden haben.

Verbot der Fahrt über Deutschland. Petersburg, 11. Juni. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) „Rustaja Wolja“ will aus zufälliger Quelle erfahren haben, daß die Zureife russischer Flüchtlinge aus neutralen Ländern auf dem Wege über Deutschland nach Rußland untersagt werde und zwar auf Grund eines bestehenden Gesetzes, das Personen, die sich in einem feindlichen Lande aufgehalten haben, während des Krieges das Betreten russischen Gebiets ohne besondere Kontrolle und Unterführung verbietet.

Aufhebung der fleischlosen Tage in der Schweiz.

WTB. Bern, 11. Juni. (Melbung der Schweizerischen Dep.-Agentur.) Durch Bundesratsbeschluss sind die 2 fleischlosen Tage aufgehoben worden, besonders mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Beschaffung von Ertrag für Fleisch. Die übrigen Bestimmungen über die Einschränkung der Lebenshaltung bleiben unverändert in Kraft. (Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Friedrich Payer. (Zu seinem siebenzigsten Geburtstag; 12. Juni 1917.) Von Conrad Haubmann. Mitglied des Reichstags und des württemberg. Landtags. Unter dem markanten Persönlichkeitsbild des Deutschen Reichstags steht Payer in der vordersten Reihe. Er ist dem „Dienstalter“ nach eines der ältesten Mitglieder, aber noch aktiv wie ein Junger, und wenn er die Tribüne bestiegt, so sieht ihm niemand seine 70 an. Es ist Kraft und Willie in seinen Worten wie in seinen Zügen. Nur was das Alter anlangt, ist er ein „Blender“. Als wir im Sommer 1915 mit deutsch-österreichischen Parlamentariern zusammenkamen, nahmen sie mich nach der ersten Sitzung auf die Seite und fragten mich, wie Payer, den sie erteilung gesehen hatten, es anstelle, so jung auszufehen. Sie mindestens das reiche dunkelbraune Haar müsse gefärbt sein! Ja, aber es ist! Wolle, erwiderte ich ihnen, denn bei Payer ist alles echt! Auch die Rippenarbeit, die er besitzt, ist selbst und echt!

Die Viererbandsonferenz für Friedensziele. Basel, 10. Juni. Die „Basler Nachrichten“ berichten aus Mailand: Die von der französischen Kammer in Aussicht genommene Einberufung einer Viererbandsonferenz bezweckt nach dem Pariser Korrespondenten des „Secolo“, Friedensziele und Friedensbedingungen jedes einzelnen Viererbandstaates in feierlicher Erklärung festzulegen. Dieses Dokument soll in Gemeinschaft mit den russischen Regierungsvertretern ausgearbeitet werden und wird sowohl hinsichtlich des Krieges als auch des Friedens von besonderer Bedeutung sein.

mit den reinen Mitteln des Charakters, der Fähigkeit und der Unbegrenztheit verband. Alles bestirnt Kaiser in diesen politischen und persönlichen Antrieben, was ein amtierender Reichspräsident. Wenn diese letzteren in den Anstehen treten, so fliehet ihr Einfluß rasch zu wanken. Als Kaiser vor fünf Jahren freiwillig von dem Amt des Reichspräsidenten und aus dem Württembergischen Landtag schied, da trat fast die ungetrübte Erscheinung hervor: Kaiser blieb im steigenden Maße politischer Vertrauensmann, heute, selbst von den politischen Gegnern, wenig angefochten.

Es war nicht immer so. Es gab Zeiten, wo er der Zielpunkt aller Angriffe war. Lange ist sein Leben nur Kampf gewesen. Gerade das hat ihm das feste Geprägung gegeben, durch das sich der Geheimrat Erzellenz von Bismarck abhebt.

Mit 26 Jahren haben den jungen Reichspräsident seine Württembergischen, in denen die Tradition Bismarcks lebendig als erloschen ist, zur Reichstagswahl hergeführt. Damals unterlag er, aber hat sich im ersten Anlauf die Liebe des schönen Westfalens am Reich und an der Heimat, am Aischenstein und an der Steinach erobert, die ihn dann 1877 in den Reichstag trug und die ihm bis heute vierzig Jahre lang durch alle politischen Stürme treu geblieben ist. Als süddeutscher Demokrat trat er in den Kämpfen, die Bismarck, ein mächtiger Helfer, gegen den Geist der Demokratie führte, auf die Seite Eugen Richters und Leopold Sonnemanns und erhob seine Stimme sofort gegen das Sozialistengesetz und die Ausnahmegerichte, die als Aischensteiner seitdem allgemein erkannt sind. In den sechziger und achtziger Jahren war durch die innerpolitische Kampfbühne Bismarcks Kämpferkraft und Kraft, an sich auf politische Aufgaben gerichtet, in die scharfe Opposition gedrängt. Die politische Haltung Sonnemanns und Miquels verkehrten den Kurs auf der liberalen Seite, den Bismarck haben wollte. Es war damals nicht leicht, Führer der kleinen süddeutschen Volkspartei-Gruppe im Reichstag zu sein. Richter, Bamberg, Stauffenberg und Windhoff erkannten die besondere parlamentarische Bedeutung Bismarcks.

Nach dem Thronwechsel in Berlin und dem Sturz Bismarcks lagen ungeklärte politische Verhältnisse vor, eine Schuld der künftigen Unionierung klarer konstitutioneller Zustände. Vom Jahr 1890 an sah sich selbst im Reichstag das Württemberg. In sich sah auch die Schwertklingen, die sich diesen Württembergischen, weil die nachfolgenden Bismarcks nicht ihre eigenen Herren waren, keine Württemberg hatten und haben, die Fehler der Reichsde Bismarcks erkannten, aber im Sinn seiner Tradition nicht die Kraft zu neuen Bahnen hatten.

So war es weise und hausväterlich, daß sich Kaiser 1894 in den Dienst des Württembergischen Landtags stellte und ein Jahr darauf das Präsidium übernahm, als der Wahlkampf uns Demokraten einen großen Erfolg und die Feststellung des politischen Stimmungsbildes brachte, der sich im Lande längst vollzogen hatte. Hier an der Spitze einer parlamentarischen Verwaltung entschliefen sich die besonderen Eigenschaften, die Kaiser für die Beforgung der öffentlichen Angelegenheiten in sich trug. Er war 18 Jahre lang ein mehrjähriger Reichspräsident. Er war völlig unparteiisch — vielleicht deshalb, weil er dem demokratisch. Er erlebte und regierte die Dorothea, der war der politische Sachwalter des Landes und stellte einen christlichen Zusammenhang mit der Regierung dar, die in Württemberg seit alten Geschlechterzeiten von der Gefahr des Bureaucratismus erblich bedroht, sich unter Minister Schmid an gewalttätige und geistlose Methoden gewöhnt hatte. Mitt in acht, der das mitgemacht hatte, wollte jetzt noch der Thronbesteigung Wilhelmens II. von Württemberg bedürftig den Überweg zu der freien Richtung. Aber die gegnerischen Parteien folgten nur unterbreitend und eifersüchtig. Sechs Jahre lang hatten wir im Landtag heftige, heimlich erfolgreiche Kämpfe. Erst der nächste und überaus lange Landtag brachte die Reformen in die Gänge. Die reine Volkstammer war hergestellt. Aber die Geistlichkeit als der Zweiten Kammer ausgegliedert. Ein rein demokratisches Wahlrecht konnte kaum zum Zug kommen. Die Vermählung wurde reformiert, das Steuerwesen geändert, sozialer die Schule von der geistlichen Schulaufsicht losgelöst. Es waren arbeitsreiche, aber für den Land wertvolle Jahre. Der Reichstag ist es, daß heute der Stachel einer politischen Verwitterung, wir wir sie in anderen deutschen Gebieten ab und zu durchschimmern sehen, weggenommen, freie Bahn für jede weitere Entwicklung gegeben

und politische Verhältnisse geschaffen sind, die den Träger der Krone in den Genuß der Sympathie des ganzen Landes einbringen.

Kaiser hat in all den Landtagsjahren das Reichstagsmandat ausgeübt und die politische Verbindung mit der Reichspolitik gepflegt. Er hat, ohne ihre Gefahren einen Augenblick zu verkennen und gerade deshalb wachsam alles, die Volkspolitik mitgemacht, welche ihren Hauptwert darin hatte, an liberalen Gesetzwürmern, wie dem Reichsvereinsgesetz, die Konventionen auf Herz und Nieren zu prüfen, ob sie bei der Handreichung Zeug und Geist hätten, aus den Fesseln einer rückwärtigen Tradition herauszutreten. Die liberalen Partei und der Reichsvereinsgesetz an der Reichsvereinsgesetz und Württemberg.

Kaiser erkannte damals lebhaft als je das Bedürfnis, den Reichstag und die Demokratie mit dem Reichstag zu einer Partei zu verschmelzen. 1902 war der Reichstag, im März 1910 wurde aus der „Freikämmer Volkspartei“ der „deutschen Volkspartei“ und der „freikämmerlichen Vereinigung“, die einheitliche „fortschrittliche Volkspartei“ gegründet. Kaiser hat auch hieran und an der Befreiung dieser Entwicklung ein hervorragendes und entscheidendes Verdienst. Ich wollte, er hätte ein Tagebuch geführt.

In dieser Partei ist Kaiser „deutsche Volkspartei“ untergegangen und aufgegangen. Es war höchste Zeit, daß die bürgerliche Mitte nach innen und außen eine geschlossene Linie herstellte. Auch die Stellung zu den anderen Parteien und zu der Regierung mußte sich dadurch heben. Den von Bismarck abgetrennten grundsätzlichen Gegensatz zu der Regierung auszusprechen, erwidert sich auch unter der Kanzler-Regierung, daß die Partei sich nicht als möglich und für die Staat und Reichstag fürchtlich. Die Entwicklung hat sich schon vor dem Krieg in den ersten verordneten Zeiten durchgeführt. Der Ausbruch des Weltkrieges wird der Regierung Kaiser Wilhelmens II. den Weg, die Verbindung mit den Reichstagsparteien weniger ängstlich zu gestalten, als es einer rückwärtigen Tradition entsprach.

Es ist heute nicht die Stunde, davon im einzelnen zu sprechen, daß Kaiser während des Weltkrieges, dieses größten und erschütterndsten Ereignisses des Jahrhunderts und der Geschichte, dem Vaterland wichtige Dienste geleistet hat. Das was an die Volkspolitiker getreten ist, genügt, um ihm Anspruch auf die Dankbarkeit nicht nur seiner Parteigenossen zu geben. Mit der ganzen Energie, deren er fähig ist, hängt sein Herz und sein Verstand festlich und an der vollen Verantwortung, daß Deutschlands Reichstagsgesetz, der Württemberg seiner Feinde aufzuheben macht. Mit dem ganzen Scharfsinn, den ihm Erfahrung und Staatsart geleistet haben, hält er eine innere Neubau- und Demokratisierung für die Bedingung unter der Deutschland seine Stellung in der Welt in alle Zukunft befestigen kann.

Geburtsstunde sollten heute nicht durch Feste gefeiert werden, aber sie sind ein willkommener Anlaß, gerade gegenüber bescheidenen Männern — und Kaiser ist im tiefsten Grund bescheiden und ohne jede Ueberhebung — auszusprechen, daß ihre Lebensarbeit und ihr Vorbild als ein Gewinn des Vaterlandes empfunden wird. Zeiten, wie die künftigen, lehren uns, daß ein Land Männer braucht, Männer, die die Heldenzeit an der Front todesmutig fürs Vaterland verrichten, aber auch Männer, die von der politischen Seite aus die Richtlinien der künftigen Entwicklung zu weisen die Gabe und das Recht haben. Dieses Gefühl macht den Glückwunsch zum 70. Geburtstag Friedrichs Bismarcks nicht bloß in seiner engeren Heimat, sondern in weiten Teilen von Deutschland zu einem aufrichtigen Bekenntnis des Dankes. Ganz gewiß ist, daß er seinem Land noch größere Dienste hätte erweisen können, wenn nicht ein solches politisches System gehindert hätte, ihn mit noch größeren Aufgaben zu betrauen und die freie Richtung jahreslangem Aufgeben mit den Mitteln der Staatsgewalt hintangehalten hätte. Kaiser ist in Wahrheit innerpolitisch und außerpolitisch zugleich ein Realist und ein Idealist und damit ein Mann der Gegenwart und „ein Bürger derer, welche kommen werden“, also mit einem Wort ein ganzer Deutscher.

England.

Die republikanische Bewegung in England.
T. U. London, 10. Juni. John Unterhausmitglied der letzten beim Erster der Unterhauses Rede, ein, weil

ihre Anträge auf Einführung der republikanischen Regierungsform in sämtlichen Ländern des britischen Reiches nicht der Reichsversammlung vorgelegt werden seien. Die Erörterungen über die Einführung der Republik leben gleichzeitig wieder auf.

Englische Arbeiter für sofortigen Frieden.

WTB. Bern, 10. Juni. Die „Gottliche“ meldet in einem Bericht aus London über die sozialistische Konferenz in Leeds, daß die Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg der Konferenz seinen brüderlichen Gruß überbrachte. Die Konferenz erwiderte, sie unterläßt vollkommen die Erklärungen des Arbeiter- und Soldatenrates bezüglich seiner Politik und der Kriegsziele. Sie verpflichtete sich, für einen sofortigen demokratischen Frieden zu arbeiten.

Macdonald und Jewett gefangen gehalten.

WTB. London, 10. Juni. (Heuter.) Bei der Protestaktion auf dem Trafalgar Square gegen die Rote Armee Macdonalds nach Petersburg verlor der Vorsitzende der allgemeinen Begeisterung ein Telegramm von Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates, welches besagt: Wir halten Macdonald und Jewett gefangen. Die Aktion selbst weigert sich, mit ihnen zu scharfen.

WTB. London, 10. Juni. (Heuter.)

Außer Hansley Macdonald und den Vertretern der Unabhängigen Arbeiterpartei besaßen sich unter den Gefangenen, denen durch die Befreiung der Seeleute die Freiheit umfänglich gemacht wurde, auch das Parlamentariermitglied George Roberts und die Vertreter der offiziellen Arbeiterpartei Carter und Robertson, ferner die bekannten Anführerinnen der Frauenfriedensbewegung Frau Hancock und Frau E. C. Kenner.

Die englischen Verlustlisten vom 4., 5. und 6. Juni enthalten die Namen von 357 Offizieren (114 gefallen) und von 12 880 Mann.

Da in England metallene Uniformknöpfe knapp werden, läßt eine Armeeverordnung die ungeliebte Verwendung von Lederknöpfen und gestiftet statt metallener Knöpfe abgeben ein.

WTB. London, 11. Juni. (Heuter) meldet aus Liverpool,

daß dort eine pazifistische Versammlung, die als Sympathieunterstützung für die russische Revolution gedacht worden war, nach heftigen Kämpfen gespart wurde.

Die Kanadier.

WTB. Toronto, 10. Juni. (Heuter.) Eine große liberale Versammlung, von 3000 Personen besucht, trat für die allgemeine Wehrpflicht ein. Hervorragende Liberale erklärten, daß sie sich unbedingte von Sir Wilfrid Laurier als dem Führer der liberalen Partei festlegen, da er die Wehrpflicht befehlige habe. Dieser Abfall fördert die Bildung einer liberalen unionistischen Partei, die die Wehrpflichtpolitik der Regierung unterstützen würde.

Die Union.

Die migrierte amerikanische Weizenente.

T. U. New York, 11. Juni. Die nach dem amtlichen Bericht seit Anfang Juni auf 650 Millionen Hühnern geschätzte Weizenente wurde nur 60 Millionen Hühnern, aber noch bei heimische Verbrauch nach den letzten Erfahrungen auf etwa 600 Millionen Hühnern zu beziffern ist. (Dabei ist noch zu bemerken, daß bei jener Schätzung der Ertrag von Frühjahrswaisen mit 283 Millionen eingerechnet ist, daß aber nach allen Erfahrungen der tatsächliche Ertrag des Frühjahrswaisens doch immer weit unter der Zuzufügung zurückbleibt.)

Die kürzlich übermittelte Erklärung des Lebensmittelkontrollers Hoover, daß die Vereinigten Staaten und Kanada 500 Millionen Hühnern ausführen können, bezog sich, wie sich jetzt herausstellt, nicht nur auf den Weizen, sondern auf sämtliche Getreidearten, nur allem auch auf Futtermittel. Hoover betrachtet jetzt den Bedarf der Welt allein, also ohne die Neutralen, auf 540 Millionen Hühnern Brotgetreide. Um nun mehr Weizen ausführen zu

zu Ende; die Erkenntnis meines verlorenen Lebens hat nicht vermocht, mich wieder zurückzuführen.

Tiefes Schmeigeln war. Daniel Reich war gleich geworden. Und Kösschen sah mit irrenden Augen gegen die Fenster auf, als gäube sie die Gespenster des schottischen Hochlandes vertriehen herein, um ein Lied zu singen — leis und heimlich, aber von bewingender Gewalt.

Ta sprach Tobias auf.

„Ja, Herr von der Tenne!“ Seine Stimme bebte. „Es gibt Hexen! Und es ist Torheit, gegen sie ankämpfen zu wollen. — Die Macht der Stunde — das ist das rechte Wort! Und Macht der Stunde ist alles! Dieser Nacht sind wir Menschen ausgeliefert, ob wir wollen oder nicht. Sie ist eine tolle und doch eine süße Hexe, diese niederwürgende, vorwärtsstrebende, beglückende Macht. Und sie ist so stark — so befehlend stark, daß es ein Glück ist, ihr verfallen zu sein. Sie soll leben — die Macht der Stunde!“

Schweigend lagen die am Tisch — der eine verunndert, der andere erheitert — in dieses brennende Knoblauchgeschick. Dabei bemerkte niemand die verdrückte Angst der jungen Frau, die sich ähnelnd in den Winkel des Sofas drückte.

Niemand sprach. Und so war's wie Erklärung, als draußen höhere Schritte flangen und vor der Tür tiefen Schall. Es klopfte. Berenss ging öffnen. Es war Erasmus. Er brachte die Nachricht, daß Hellmer, der eben nach Hause gekommen, morgen seine große Bergfahrt antreten wolle und Kösschen bitten ließe, nicht lange zu bleiben. Als Erasmus das ausgerichtet hatte, warf er einen Blick auf Daniel, der sich und ging ohne Gruß davon.

Kösschen erhob sich.

„Ach, Daniel — jetzt muß ich nach Hause. Du siehst doch — Gottweil erwartet mich.“

Berenss nickte gestreut.

„Ich will dich nicht halten, Kindchen. Geh', Lobbe — begleite sie!“

Er sah nachdenklich hinter Erasmus her, der so gebeugt dannochlich wie einer, der schwere Last zu tragen hat. Kösschen, als sie Tobias erblickt sah, ließ sie begleiten, naah das Tuch wieder von den Schultern und ließ sich stumm in die Kissen des Sofas zurückfallen. Sie fuhr sich mit kalten Händen über die feberhafte Stirn. Nein, Tobias durfte sie nicht begleiten — heute nicht.

(Fortsetzung folgt.)

Tobias Wilders Weg zur Höhe.

Roman von Zeno v. Krafft.

27. Fortsetzung. (Handdruck verboten.)

„Es leib' doch, Kind! Wenn es spät wird, begleitet dich Tobias nach Hause, nicht wahr, Zoben?“

„Ja, Kösschen — ja!“

Ergeben wie ein verführtes Vögelchen feste sich Kösschen wieder hin.

Und Karl von der Tenne, an das unterbrochene Gespräch antwortend, sagte:

„So sehr Sie recht haben, Herr Lübborg — ich vermute doch, daß auch Sie den Drang kennen, Gebirgen zu bestechen und eigene Wege zu suchen. Jählen Sie sich deshalb auch zu jenen Gesichtsfragen, von denen Sie sprachen?“

„Ganz richtig! Nein, mit gutem Gewissen: zu denen jagge ich mich nicht!“

„Dann legen Sie mir aber noch etwas: wo ist dann die Grenze von dem, was jeder einzelne tun darf? Wo hört Mut und Zaudern auf, wo fängt die Grobmannschaft und der falsche Ehrgeiz an?“

Lübborg antwortete nicht gleich. Als er zu sprechen begann, war ein Lachen in seinen Augen und seine Stimme hatte heileren Klang:

„Was man wagen darf — und was nicht? Was recht ist und was verwerflich? — Ich glaube, das Leben ist eine große Leiter mit unendlich vielen Stufen. Ihre Fuß steht in diesen Stufen der Feste, ihr höchstes Ende ist bei Gott. Auf dieser Leiter glaubt keiner zu stehen, daß er seine Stufe für die unterste halten könnte — und immer, daß er so hoch, daß er vermuten könnte, er hätte bereits den Himmel erklettert. Und jeder — soll er stehen, wo er mag — steht alle anderen auf Stufen stehen, die er schon überwunden zu haben glaubt. Es ist mit allem so. Und mit den Menschen, die auf die Treppe stehen, sollte es anders sein? Was einer gerade noch fertig bringt, erscheint ihm als die oberste Grenze der menschlichen Leistungsfähigkeit. Was drunter ist, begründet er als Schwäche und lächerliches Willkürum. Zu wagen, was er selbst nicht mehr erlangen konnte, das nennt er unüberwindlichen Schwermut. Der „Mann im Mehl“ gab drei falsche Ringe an seine drei Söhne, und jeder meinte, der seine sei der echte. — Tausend Stufen sind auf der Leiter des Lebens. Wer steht auf der richtigen?“

Berenss horchte auf und nickte.

„Sie haben recht, Herr Lübborg! Es ist ein niedriger Standpunkt: immer zu glauben, daß man berechtigt wäre, gültige Urteile zu fällen. Eingepfängt in ein enges schließendes Netz, zwischen zwei Grenzen nach oben und unten, über die hinaus wir blind sind — da ist es Anmaßung, richten zu wollen. Was für uns nicht gilt, das gilt immer noch für andere. Und was anderen nicht bedeutet, das bedeutet viel für uns. Und umgekehrt? Was heißt Urteil? Und Ehrgeiz? Und eigenen Kraft? Es geben mancher Geister um auf der Welt, die Macht über uns haben, Hexen und gute Heen ... in Leben nicht anders wie im Märchen.“

„Heren!“ Karl von der Tenne schloß die Augen. „Ja, Herr Berenss! Heren gibt es noch. Und alle sind sie weiblichen Geschlechts: die Sucht nach Erkenntnis, die Abenteuerlust, die Unrast, die Sehnsucht und nicht zuletzt die Liebe. Das sind die Heren, die uns jagen können, wie Füchse das munde und frische Wild. Und endlich auch wirliche Heren! — Fast müßt ich an Gespenster glauben. Und hätte meinen Grund dazu.“

Berenss nickte.

„Sie, Karl? Und abergläubisch? Das werden Sie mir nicht einreden.“

„Nein — und doch! Ich will Ihnen etwas erzählen. Es war in Nordholland. Im Hindopst. Meine Frau war mühselig und lang gewesen und ich setzte mich nach Ruhe. Dort glaubte ich sie für ein Weibchen gefunden zu haben. Aber gerade von dort haben mich die Heren am schnellsten vertrieben — jene Heren, von denen ich sprach. Im Zwernsch zeigte man mir das Schloß, wo der gute König Duncan von der Hebe erobert wurde. Und als ich eines Abends über die Hebe ging, an jenem See in der Nähe, wo die Hebrauten und Tanque aufgesessen haben, um dem ungeratenen Befehlen die Krone zu verschaffen. — Da war mir, als läge ich sie leibhaftig vor mir, die unfeligen Geister der Menschheit. Es ist Torheit, zu glauben, sie hätten nie geschick — ich glaube fest daran, daß sie heute noch so tätig sind wie damals. — Es war eine frohliche Nacht. Kalt und eingewickelt in dunkle Hebel. Ein schwerer Atem ging über die Hebe. Damals hob ich Wacbeth begriffen und die Macht der Stunde vermag mehr, als die Erkenntnis eines ganzen Lebens. Die Macht der Stunde hat mich fortgetrieben aus der Heimat. — die Erkenntnis ...“

Er brach plötzlich ab. Nur in seiner Seele ging der Satz

Können, soll eine Bewegung eingeleitet werden, die unter dem Schlagwort arbeitet „Spart Weggen, ept Wägen“ Dadurch will man die für die Ausfuhr verfallenen Waren ersparen.

Amerikas Vorhülle an die Militeren.

Wafel, 11. Juni. Haas meldet: Die „Times“ vernehmen aus New York, amtlich wird mitgeteilt, daß die Summe der von den Vereinigten Staaten den Militeren im Juni zu gewährenden Vorhülle 2 Milliarden fr. betragen, wodurch die Gesamtsumme des gewöhnlichen Betrages am 1. Juni 1917 ungefähr 6 Milliarden fr. betragen werde.

„Lügenfeldzug der Teufelsgötter“ in Amerika.

WTB. Washington, 10. Juni. (Neuter.) Gegenüber hartnäckig allgemein verbreiteten falschen Gerüchten von einem Uglia, das die Flottenkreistäfte Amerikas und der Entente betroffen habe, erklärte Marinefeldmarschall Daniels folgendes: Berichte der Befehlshaber der Küstengewässer und von einzelnen Personen abgefaßte Briefe und Telegramme bringen mich zu der Annahme, daß eine planmäßige Verschwörung besteht, um die Bevölkerung der Vereinigten Staaten zu beunruhigen und zu quälen. Unter diesem bösartig verbreiteten Gerücht spricht sich ein von Seegesicht zwischen den Flotten der Entente und Deutschlands, wobei 60 Jahrgänge gesunken seien. Die Hospitaler und Werten an der Atlantischen Küste seien voll verfallener Seelen. Diesen maßlosen Lügen gestellt sich die Erklärung, daß die Behörden von Washington sich mit der Freie zusammengekauft hätten, um dem Volk die Wahrheit vorzuenthalten. Daniels erklärt wiederholt, daß die Politik des Marineamts eine Politik der vollkommenen Offenheit sei, und erweist die Bevölkerung der Vereinigten Staaten, mit Ausnahme bei der Ausrottung des Lügenfeldzugs, der ersichtlich das Ergebnis der Teufelsgötter sei.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Portugal will nicht weiter für England kämpfen.

Das „Berliner Tagblatt“ erzählt von besonderer Seite aus Rotterdam: In Portugal ist die Erbitterung gegen die Engländer mehr und mehr im Wachsen begriffen. Demnach soll wiederum 15 000 Portugiesen nach Frankreich geschickt werden, voransichtlich wie gewöhnlich nach Brüssel, woher dem verlangt England die Mobilisierung der Leute von 22 bis 35 Jahren, was in Portugal starke Erregung hervorruft. Das revolutionäre portugiesische Komitee entlastet eine gesteigerte Tätigkeit.

Die gefährdete Konferenz.

T. U. Rotterdam, 10. Juni. Die „Daily News“ melden, man glaube in englischen Arbeitkreisen, daß die internationale Stockholmer Konferenz nicht stattfinden, ebensowenig sei ein Zusammenbruch der Stockholmer Konferenz unter Teilnahme von Sozialisten aus allen Ländern gesichert.

Die rumänische Erdölindustrie.

WTB. Bukarest, 11. Juni. Die rumänische Erdölindustrie ist trotz der rücksichtslosen Forderungen, die im vorigen Herbst unter englischer Leitung stattgefunden haben, in planmäßigen Wiederaufbau begriffen. Die Produktion nimmt von Woche zu Woche zu und stellt den dringenden Bedarf der Mittelmächte an für die Kriegführung und die Verbesse rungsmittel wichtigen Oelen unbedingte sicher.

Deutsches Reich.

Konferenzen und Deutsche Fraktion.

Von dem derzeit die Geschäfte führenden Ministerien den Vorständen der Deutschen Fraktion des Reichstages, Reichs- und Landtagsabgeordneten Martin (Dela) geht der „Volk“ folgende Mitteilung zu: „Aus der Presse ersieht ich — hier im besetzten Gebiet mit einiger Verpöschung — eine lebhafteste Erörterung über einen Zusammenstoß der Deutschen Fraktion mit der konservativen Partei. Um der Bildung von Legenden vorzubeugen, sei verlässig die Zusammenkunft der Fraktion über ihre Vorhanden in Rüge bemerkt, daß Beziehungen zwischen den beiden Reichstagsfraktionen über einen engeren Zusammenstoß irgendwelcher Art bisher nicht gepflogen worden sind. Ein Mitglied der Deutschen Fraktion, das übrigens dem Vorstand nicht angehört, hat rein private Unterhaltungen über diesen Punkt mit einem Herrn der deutsch-konservativen Reichstagsfraktion gehabt, die nicht einmal zu einer Stellungnahme im Schoße der Deutschen Fraktion geführt haben. Daß sie eine solche in der konservativen Reichstagsfraktion zur Folge gehabt hätten, ist der Deutschen Fraktion über ihrem Vorstand bisher nicht bekannt geworden.“

Ausland.

Der Sturm gegen Comino.

Ministerkrise? — Der Streit um Albanien. a. B. Lugano, 10. Juni. Der Streit um das albanische Protektorat wird mittlerweile eine Ministerkrise geblieben. Das Organ der demokratischen Richtung im Kabinett, der „Messaggero“, erwidert an, daß angesichts der bestehenden Ministerkrise Comino die demokratischen Minister das Aussehen aus dem Ministerium planen. Der wegen der albanischen Frage schon zweimal angefaßt, zweimal abgeleitete Minister hat noch immer nicht festgestellt, daß hatte Kofelli lange Unterredungen mit einzelnen Ministern. Dies bemerkt wurden die eingehenden Besprechungen Bissolati mit dem heute allgemein angegriffenen Vater des albanischen Abenteuerers, Sonnino. Die Presse fährt im allgemeinen fort, mit Sonnino und seiner Tat steht im Gerichte zu gehen. Auch die „Tribuna“ wirft die Frage auf, ob dem Schritte Italiens in Albanien wirklich Abmachungen mit den verfallenen Regierungen vorhergingen, oder ob die im Ständebuch erwähnte Erklärung Italiens hinsichtlich Albanien die einzige Basis des Unternehmens bildete. Allerdings sei letzter viel zu verfallen, und die Weiterleitung könnten den Wert jener früheren Vereinbarungen verändert haben. All diesen Kritiken tritt Sonninos Organ „Giornale d'Italia“ mit großer moralischer Entrüstung entgegen. Es ist unerhörte, daß italienische Patrioten sich bereit über eine Maßnahme erregen, die schließlich bezweckt, die Oesterreicher und Griechen von der Adria fernzuführen und Italien Atemfreiheit zu gewähren.

Bern, 11. Juni. Mailänder Blättern zufolge ist der Kammerpräsident Marcora gestern in Rom angekommen. Er hatte verschiedene Besprechungen mit Bissolati, Bissolati, Sonnino und Comandini. Marcora fand ein 35köpfiger Ministerkabinett unter der Beteiligung Bissolatis und Comandinis statt. Heute vormittag wurden mehrere Besprechungen zwischen Bissolati, Bissolati, Sonnino, Orlando, Comandini und Canepa abgehalten. In die nächsten drei Tage nicht auszuweichen, wurde bereits die Berufung der Wiedereröffnung der Kammer vom 14. auf den 20. Juni angeordnet.

Neue Unabhängigkeitserklärungen in China.

a. B. Peking, 10. Juni. „Neuter“ meldet aus Peking: Abgelesen von Tientsin haben auch Antin, Spantung sowie Szechuan ihre Unabhängigkeit erklärt, während die Provinzen Kentsin und Suipei die Revolution nur deklarativerweise anerkannten. — Der Militärgouverneur von Szechuan hat gleichfalls die Unabhängigkeit seines Bezirks erklärt. Die Haltung anderer Provinzen ist noch zweifelhaft.

Der Rücktritt des bisherigen Ministerpräsidenten veranlaßt die Anzahl Provinzial-Militärgouverneure, den Präsidenten und das Parlament anzulassen, das verantwortliche Kabinettsystem herzustellen. Die Entlassung des Ministerpräsidenten ist ungelegentlich. — Die Behörden in Peking bezeichnen die Bewegung als einen Kampf zwischen Militarismus und Konstitutionismus.

Halle und Umgebung.

Halle den 10. Juni 1917.

Stadterordneten-Sitzung.

Halle, 11. Juni.

Am Vorkandelsitz die Herren Juliant Dr. Keil und Eisenbahnreferent Riedingstadt Vorher.

Eingegangen sind zwei von den Stadterordneten Juliant Dr. Keil Vorher, die Halle unterzeichnete Anträge, die auf den in unserer Stadt herrschenden

Mangel an Frischgemüse und Obst

hinweisen und den Magistrat ersuchen, Maßregeln zu ergreifen, um diesen Mangel zu beheben.

Herr Vorherer Juliant Dr. Keil: Es ist Tatsache, daß in der letzten Zeit ein großer Mangel an Frischgemüse und Obst eingetreten ist, und dies wird nur dadurch erklärt, daß während das in der Nähe von Halle gezeigte Gemüse unter Umgehung von Halle nach Leipzig und selbst nach Berlin geht. Schuld daran sind die hohen Höchstpreise, die sich geltend machen. Diese Höchstpreise frachten zweifelsohne an dem Umstand, daß sie verhältnismäßig zu gering sind. Dieswegen, die die Preise festgesetzt haben, haben an Friedensverhältnisse gedacht, sonst hätten sie z. B. den Preis für Erdbeeren nicht auf 45 Pfg. festgelegt. Infolge dieser ungewöhnlichen Höchstpreise wird jetzt jedenfalls ohne Gemüse, und es muß dringend etwas getan werden, um diesem Mangel entgegenzutreten.

Herr Dr. Keil: Seit etwa acht Tagen hind wir in Halle so gut wie ohne Spargel. Dabei befinden wir uns jetzt gerade im Höhepunkt der Ernte. Und wenn man in den Abendstunden durch die an unsere Stadt angrenzenden Dörfer geht, kann man große Wagen, ganze Loren Spargel bereithalten, um zum Transport. Aber wenn man jemand fragt, wo gehen die hin, dann heißt's bestimmt: Nach Leipzig! Dort zahlt man bessere Preise als in Halle. Und doch sind diese Dörfer in mancher Beziehung so eng mit uns verbunden. Als z. B. feinstes Gemüse durch Halle mit Wasser versorgt werden sollte, wurde besonders darauf hingewiesen, daß wir Halle ein großes Interesse an der Versorgung Halle mit diesem Gemüse haben, weil dort das Gemüse für Halle gebaut werde. Aber dieses Gemüse geht jetzt nicht nach Halle, sondern wo anders hin. Die Höchstpreisfestsetzung ist einheitlich für die ganze Provinz Sachsen erfolgt und auf ihre Umgebung müßten namentlich die Landräte ein scharfes Augenmerk haben. Wäßrige muß aber auf jeden Fall geschaffen werden, denn die Bevölkerung leidet wirklich an dem Mangel von Gemüse. Und dies ist um so mehr zu bedauern, weil gerade in unserer Nähe große Gemüsegärten sind.

Herr Dr. Keil: Die Frage ist nicht neu und geht schon während des ganzen Krieges. Die Ursache liegt darin, daß der Leipziger Markt, unter Umgehung der geltenden Höchstpreise einfach gegen verlangten Preis bezieht. Die jetzigen Höchstpreise sind durchaus nicht zu gering. In der Kommission, die sie festsetzt, sitzen zur Hälfte Erzeuger, und die würden denn schon Einspruch erhoben haben. Wenn nun aber die Höchstpreise einmal existieren, dann müssen sie auch beachtet werden. In dieser Beziehung sollen die Landräte ihre Aufgaben noch viel zu tun auf. Und auch die Kreispolizei, die sonst hinter ihrem Heinen Mann, der ein paar Kartoffeln nach Hause bringt, hat hier völlig versagt. Wenn das Königreich Sachsen nicht um die Höchstpreise kümmert, so sollte man ernstlich erwägen, es von der Ausfuhr der Provinz abzuschließen. Auf jeden Fall müssen aber zunächst die Provinz und ihre Städte selbst versorgt werden. In diesem Sinne sollte der Magistrat bei dem Oberpräsidenten der Provinz vorstellig werden, denn nur durch energisches Vorgehen von dieser Seite aus kann Wandel geschaffen werden.

Herr Bürgermeister Seibel: Was die Herren Vorredner ausgeführt haben, trifft zum größten Teil zu. Seitdem die Höchstpreise bestehen, ist in der Tat das Gemüse in Halle verknappend, und dies ist die Ursache für die ganze Provinz Sachsen. Ich habe diese Höchstpreise für den Preis nicht niedrig zu nennen, während früher die Preise für Frischgemüse sehr hoch waren, bieten die jetzigen Preise in ihrer festen Stetigkeit den Erzeugern eine durchaus sichere Gewähr. Aber trotzdem ist hier kein Gemüse vorhanden. Der Leipziger und Berliner Großhandel überläßt unsere Provinz und laßt den Spargel für jeden Preis auf und schert sich den Verlust um die Höchstpreise. Diesem Zustand, der in der Gemüsegarten der Händler und auch der Erzeuger seinen Grund hat, steht der Magistrat eigentlich machtlos gegenüber. Der holländische Handel gibt sich die entsprechende Mühe. Aber wo er hin kommt, wird er verachtet und ihm zur Antwort: „Bei den Preisen nach Halle kein Hund!“ Wir haben bereits an einer Stelle unsere Klagen vorgetragen. Vor einigen Tagen hat hier unter dem Vorhiss des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten eine Versammlung der Landräte und Bürgermeister der Provinz Sachsen stattgefunden, die sich mit diesen Fragen beschäftigt hat. Wir haben den Oberpräsidenten gebeten, er möge durch Berlin bei dem Königreich Sachsen vorstellig werden, daß die Stadt Leipzig ihren Handel mehr am Jäger hält und ihn verpflichtet, die Höchstpreise zu beachten. Ein Ausbessererwort nach dem

Königreich Sachsen ist mit den Grundbesitzern, die in der Reichsgemeinschaft aufgeführt worden sind, nicht vereinbar. Ferner haben wir uns bemüht, holländisches Gemüse zu bekommen, besonders Haharber. Es sind auch beträchtliche Mengen hier angekommen. Jetzt macht sich das noch nicht vollständig bemerkbar, noch hoffen wir durch die weiteren Besuche, wir rechnen auf 200 Tonne täglich, wesentlich zur Milderung des Mangels beitragen zu können. Und werdet wir den Verkauf größerer Mengen Gemüse zu nennen in die Wege leiten. Zum Schluß hoffen wir, daß in einigen Wochen, wir sehen jetzt erst im Anfang der Gemüsernte, unsere Provinz soviel Gemüse auf den Markt bringen wird, daß Leipzig und Berlin nicht alles aufkaufen kann und auch für uns etwas übrig bleibt, und daß die Natur dafür sorgt, daß wir etwas bekommen.

Herr St. Oberburg führt aus, daß ihm mitgeteilt worden sei, daß der Kaiser des Stadtrates den Kaiser in die Halle schicken lasse und ihn nicht aberte, weil er sich seinen besonderen Gewinn von der Ernte verspende. Hier müßte doch der Magistrat unbedingt eingreifen, denn die Nachfrage der Bevölkerung nach Gemüse als geschätztes Nahrungsmittel ist sehr groß. Bezüglich der holländischen Obligationen regte er an, daß die Stadterwaltung in diesem Jahre die Räume nicht an fremde Käufer verpachten, mit denen man doch im vergangenen Jahre so löbliche Erfahrungen gemacht habe, sondern in eigener Regie übernehme. Es ist dies nicht möglich, so solle man eine bestimmte kleine Anzahl von Räumen an kleinere Leute verpachten.

Herr St. Oberburg legt sich ebenfalls hierfür ein. Die Stadt würde hieraus entstehen Nutzen ziehen und der Allgemeinheit viel mehr dienen, als wenn sie die Plantagen an fremde, gewinnlustige Händler und Obstler verpachte.

Herr St. Oberburg glaubt, daß alles Euchen noch Maßnahmen zur Verhebung des Gemüsemangels jetzt nicht mehr nötig sind. Er regt die Errichtung eines Großgemüsemarktes in Halle an. Ferner müßte der Magistrat seinen ganzen Einfluß auf den Landrat des Saalfreises geltend machen, damit dieser auf die Erzeuger einwirkt. Geschehen müßte etwas, und zwar möglichst schnell.

Herr St. Oberburg führt einen Fall an, wie die Frage auf dem heutigen Markt der Privatwirtschaft durch Handelsstreife entogen werden, um dann wieder verteuert in den Handel zu gelangen. Hier müßte die Kreispolizei ein wohlwollendes Auge haben.

Herr Bürgermeister Seibel legt dar, daß die Errichtung eines Gemüsemarktes in Halle schon wiederholt erörtert worden und als unüberwindlich abgelehnt worden ist. Hierzu siehe es Halle an dem nötigen Hinterland, und als selbständiger Großmarkt sei Halle zu klein. Bezüglich der Übernahme der Obstplantagen in eigene Regie würde die Stadt auf große Schwierigkeiten stoßen und bei der Ernte würde denn auch wohl kaum noch viel an den Tümen sein.

Herr St. Oberburg stellt diese Bedenken nicht, nachdem doch andere Städte hiermit sehr gute Erfolge erzielt haben. Er macht dann auf die vielen Haupten aufmerksam, die jetzt auf den Obstbäumen zu sehen sind und die eine große Gefahr für die Ernte bedeuten. Hier müßte die holländische Gartenverwaltung unbedingt sofort eingreifen.

Herr Stadtrat Rinne erwidert, daß die holländische Gartenverwaltung hier bereits energisch vorgegangen ist und daß die Pächter auf die Befämpfung der Raupenplage wiederholt hingewiesen sind. Bei der Abwicklung von neuen Baubetrieben würde die Stadterwaltung auch darauf trachten, sich einen gewissen Einfluß auf die Pächter und namentlich die Ernter zu verschaffen.

Dann ist die Debatte schloß.

Herr Vorherer Juliant Dr. Keil bemerkt in seinem Schlußwort, daß das Ergebnis kaum sonderlich befriedigend sei und daß von dem guten Willen der Produzenten wohl wenig zu erwarten sein dürfe.

Nummer tritt man in die Tagesordnung ein.
1. Wahl eines Stellvertretenden Schriftführers. Gewählt wird Herr St. Oberburg.

2. Bericht auf das Benutzungrecht in einer Enteignungsfrage. Es handelt sich um den Enteignungsrecht betr. eine 220 Qm. große Grundstück, das im Besitz der Talstraße verlaufene Parzelle. Kommt beide Teile die vom Bezirksausschuß festgesetzte Entschädigung angefordert hatten, daß das Landgericht die Bewilligung einer Minderwertentschädigung als unangeleglich abgelehnt und die Entschädigung auf 11 440 Mtl. festgelegt. Der Magistrat hat beschloffen, von einer Berufung Abstand zu nehmen und die Entschädigung nach den Kosten aus der Anleihe von 1910 zu entnehmen. Die Versammlung stimmt zu. (Referent Herr St. Juliant Dr. Keil.)

3. Erneuerung der Abstraktanlagen Kloakenhebe 7/8. Die Kosten betragen 2000 Mtl. veranschlagt. Es wird ein gemeinsamer Verfügungsfonds (Kapitel XXIV. 10) nocherrichtet werden. Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung. (Referent Herr St. Oberburg.)

4. Annahme einer Schenkung. Der Magistrat hat beschloffen, die von Frau Renette Gräber im Paul-Nieder-Gäßt zugunsten der Gesellschafter Röhler-Stiftung hier gemachte Schenkung von 1000 Mtl. 6. Kriegsanleihe anzunehmen. Die Stadterordnerversammlung stimmt diesem Beschlusse mit dem Ausdruck des Dankes an die Stifterin zu. (Referent Herr St. Oberburg.)

5. Wahlen von Mitgliedern für die Landesdeputation. Gewählt werden als Stadt: Herr St. Oberburg und als kreisamtsfähige Bürger die Herren Handelsamtsbevollmächtigter Dr. Pahl und Kaufmann Wittig. (Ref. Herr St. Blumentritt.)

6. Wahl eines Deputierten zu den außerordentlichen Kaiserregierungen. Gewählt wird Herr Stadtrat Georg. (Referent: derselbe.)

7. Wahl von Vertrauensmännern in den Ausschuss zur Untersuchung von Schaffen und Geklorenen. Es wird Wiederwahl vorgenommen. (Referent Herr St. Oberburg.)

8. Petition der Witwe Bernisch um Befreiung ihrer Realhülle auf dem Marktplatz nach dem Kriege. Die Versammlung geht über den Gehalt zur Tagesordnung über. (Referent Herr St. Oberburg.)

Hierauf tritt die Versammlung in die nichtöffentliche Sitzung ein.

Stilles Leben.

Das Ehrenkreuz der Kaiserin Augusta Dr. F. Hermann, vereid. Handelschemiker hier, Ostmann D. L. und Betriebsführer in einem Randerberg-Magazin.

Erweiterung des Beschäftigungsumfanges des 2003 des Beschäftigungsumfanges der Arbeiter. Nach dem 2003 des Beschäftigungsumfanges für Angestellte können kein Tode des Beschäftigten innerhalb der ersten 15 Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes die hinterlassene Witwe oder Witwer oder, falls solche nicht vorhanden sind, die hinterlassenen Kinder unter 18 Jahren die Er

